

Aber wir brauchen Zeit, um mit einer Lösung anzutreten, die den erforderlichen «Swiss finish» dann hat, den man von uns verlangt. Es geht um mehr als um ein paar Zahlenbelegen, es geht um unsere Söhne und Töchter, deshalb darf es uns auf ein paar Wochen nicht ankommen.

Bei der dritten von Ihnen gestellten Frage, jener nach der Territorialarmee, auf die ich jetzt noch ganz kurz eingehen möchte, geht es auch um unsere Söhne und Töchter. Ich habe unsere Soldaten erlebt. Sie sind auf diesem Gebiet zweifellos eine Zierde der Heimat: Man hat die Armee zu Hilfe gerufen, zum brennenden Bergwald, zum reissenden Wildbach, bis hin zum terrorgefährdeten Kongress und zum durch Lawinen abgeschnittenen Bergdorf. Die Armee ist gekommen, und ich darf Ihnen sagen, dass sie sehr gute Arbeit geleistet hat. Wer unseren Milizsoldaten Kompetenz und Professionalität abspricht, weiss nicht, wovon er redet. Aber diese Einsätze, zum Teil kurzfristig geplant, haben zeitliche und finanzielle Opfer gefordert. Betreffend diese Opfer haben wir die Klagen der Wirtschaft gehört, welche – zu Recht – planen will. Aber Einsätze zur Existenzsicherung sind zeitlich nur beschränkt planbar. Ich schliesse deshalb nicht aus, dass wir uns hier in Richtung eines Einsatzes für Durchdiener bewegen, die dauernd verfügbar sind. Es mag sein, dass man sie zentral bewirtschaften und modular und dezentral einsetzen kann, aber wohl nicht ohne regional verankerte Territorialstäbe. Es mag sein, dass dieser Gedanke sich nicht bewährt und dass eine, allerdings mit erheblichen Kosten verbundene, fest formierte Teilstreitkraft in den Vordergrund rückt. Sie spüren es, diese Frage ist keineswegs entschieden, wie andere Fragen auch.

Der Bundesrat und das VBS wollen Ihnen weder etwas aufzwingen noch aufschwätzen, wir wollen mit guten, ausgereiften Lösungen antreten. Damit wir dies tun können, brauchen wir noch etwas Zeit. Gewähren Sie uns diese Zeit, und beteiligen Sie sich, je nach Phase des Prozesses, an unserem wichtigen Gemeinwerk, der «Armee XXI». Ich danke Ihnen, Herr Engelberger, für die Unterstützung und Begleitung in dieser interessanten Phase dieser Reform.

Präsident (Hess Peter, erster Vizepräsident): Der Interpellant ist teilweise befriedigt.

99.3614

Interpellation Lalive d'Epinaï Maya. Sicherheitspolitik

Interpellation Lalive d'Epinaï Maya. Politique de sécurité

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 21.12.99

Date de dépôt 21.12.99

Nationalrat/Conseil national 24.03.00

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Präsident (Hess Peter, erster Vizepräsident): Frau Lalive d'Epinaï verzichtet auf eine Diskussion. Damit ist der Vorstoss erledigt.

99.3654

Postulat Leutenegger Oberholzer Susanne. Volkswirtschaftliche Kosten der Landesverteidigung

Postulat Leutenegger Oberholzer Susanne. Coût réel de la défense nationale

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 22.12.99

Date de dépôt 22.12.99

Nationalrat/Conseil national 24.03.00

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Persönlich übe ich oft Kritik am VBS und auch am Departementsvorsteher, und es freut mich ausserordentlich, dass ich Herrn Ogi heute rühmen darf. Es ist äusserst verdienstvoll, dass mit der erstmaligen Erhebung der volkswirtschaftlichen Kosten der Landesverteidigung – die soeben publiziert worden ist, neun Monate nach Einreichung des Postulates – erstmals eine Vollkostenrechnung vorliegt. Es ist auch sehr verdienstvoll, dass damit ein halbwegs seriöser internationaler Vergleich der Verteidigungskosten der verschiedenen Staaten möglich ist.

Die Studie zeigt auf, dass uns die Armee nicht etwa bloss 5 Milliarden Franken kostet, sondern über 9 Milliarden Franken. Sie zeigt auch auf, dass die Wirtschaft von den Verteidigungskosten in den letzten Jahren entlastet worden ist und dass die Hauptbelastung mit über 7 Milliarden Franken bei den budgetären Kosten des Bundes liegt. Mit der Studie wird jetzt auch klar, dass im Budget noch ein erhebliches Sparpotenzial liegt. Diese Ansicht wird im Übrigen auch von Teilen des Bundesrates vertreten.

Der sichtbare Teil des Eisberges kann problemlos halbiert werden, womit die Kosten der Landesverteidigung in etwa auf das Niveau der Umverteilungs-Initiative gesenkt werden können. Es ist dem Bundesrat und dem Generalstab hoch anzurechnen, dass sie hier endlich Transparenz schaffen wollen. Wie der Chef der Armeepanung im Generalstab, Oberst Paul Krüger, zu Recht festgestellt hat, ist eine Vollkostenrechnung als Planungsinstrument auch für die Armeepanung unabdingbar.

Deshalb braucht es eine solche Studie nicht nur als Momentaufnahme für ein Jahr, sondern es braucht sie periodisch, wie es das Postulat verlangt. Die Studie muss zudem verfeinert werden, denn sie beruht auf vielen Schätzungen. Dies muss in einem seriöseren Umfang noch verfeinert werden, damit auch die internationale Vergleichbarkeit tatsächlich hergestellt werden kann. Es ist wichtig, dass wir eine periodische Berichterstattung haben, damit wir auch die kostenmässigen Auswirkungen der Armee reform quantitativ erfassen können.

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Der Generalstab wird geradezu zum Schrittmacher der Transparenz, und ausgerechnet dieser Vorstoss wird nun im Parlament bekämpft! Das ist unverständlich. Meines Erachtens ist klar, dass jene, die gegen das Postulat sind, die Kostendiskussion bezüglich der Armee verhindern wollen, weil sie vor einer offenen Diskussion – wohl im Rahmen und im Vorfeld der Umverteilungs-Initiative – Angst haben.

Wir werden zu diesem Postulat Namensaufruf verlangen, denn es ist – gerade auch im Vorfeld der Abstimmung zur Umverteilungs-Initiative im November – wichtig zu wissen, wer für Transparenz einsteht und wer auch in Zukunft eine nüchterne Diskussion über Kosten und Nutzen der Armee zu führen bereit ist.

Ich bitte Sie deshalb – zusammen mit dem Bundesrat –, die Bemühungen des Generalstabs zu unterstützen und für Kos-

tentransparenz bei der Landesverteidigung zu sorgen und damit auch in Zukunft eine weniger emotionsgeladene Diskussion zu ermöglichen.

Genau deshalb, Herr Bundespräsident Ogi, habe ich auch nichts dagegen einzuwenden, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse zur Landesverteidigung gemacht wird. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das anpacken werden.

Unterstützen Sie mit der Überweisung des Postulates deshalb die angelaufenen Bemühungen des Bundesrates.

Schmied Walter (V, BE): J'aimerais vous demander, en ce qui concerne les chiffres que vous avez évoqués – respectivement les 7 milliards et 9 milliards de francs essentiellement –, si vous êtes bien consciente qu'il s'agit de frais bruts et qu'en fin de compte il y a des retombées directes dans la caisse fédérale, d'une part, dans la caisse des cantons et dans celle des communes, d'autre part.

Deuxième question: est-ce que vous seriez aussi d'accord de vous engager pour obtenir la vérité des coûts, comme on le fait pour les transports, pour savoir quelles sont les retombées indirectes de l'armée sur la vie sociale et financière de tout le pays?

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Mit der zweiten Frage wollen Sie vor allem, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse gemacht wird. Ich habe dazu eindeutig Stellung genommen. Ich bin dafür, dass man eine solche Analyse macht, und bin auch sehr gespannt, wie die Ergebnisse ausfallen werden.

Zu Ihrer ersten Frage: Gerade damit wir eine verfeinerte Analyse in Bezug auf die Vollkosten der Landesverteidigung haben, ist es wichtig, dass das Postulat überwiesen wird. Wenn Sie die Überweisung des Postulates unterstützen, werden Sie die genaueren Angaben erhalten.

Heim Alex (C, SO): Gemäss einer kürzlich erschienenen Pressemitteilung liegt eigentlich schon vor, was Frau Leutenegger Oberholzer vom Bundesrat verlangt, nämlich die Erhebung der volkswirtschaftlichen Kosten der Landesverteidigung, die durch Arbeit, Kapital und Boden entstehen. Damit wäre das Postulat zumindest erfüllt und könnte abgeschrieben werden. Wenn ich aber trotzdem dafür bin, dass wir dieses Postulat ablehnen, hat andere Gründe. Im Postulat wird verlangt, dass diese Kostenerhebung periodisch erfolgen müsse, damit die Kosten, die unsere Armee verursacht, international verglichen werden könnten. Das gibt nach meiner Meinung aus drei Gründen ein ganz falsches Bild:

1. Wir haben eine Milizarmee, und diese kostet aus verschiedenen Gründen einfach mehr als eine Berufsarmee. Bei einer Milizarmee sind die ausserbudgetären Kosten verglichen mit jenen einer Berufsarmee viel höher.

2. Wir stehen vor einer Neuorganisation und Umstrukturierung unserer Armee. Bei der «Armee XXI» müssten die Kosten von neuem erhoben werden. Bis es aber so weit ist, bis wir aussagekräftige Resultate vorweisen können, muss man sicher einige Jahre warten. Das vorliegende Postulat könnte dann in ein paar Jahren allenfalls wieder eingereicht werden.

3. Eine Studie ist selten wirklich objektiv. Wir müssen also die Sache schon noch von einer anderen Seite her angehen und anschauen. Die budgetären Kosten zu erheben ist kein Problem; aber die Schätzungen der ausserbudgetären Kosten gehen nach meiner Meinung weit auseinander. Da ist es durchaus so, dass die Wirtschaft und die Gesellschaft auch von der Armee profitieren. Man darf nicht immer nur die Kosten betrachten, sondern man sollte auch den Nutzen sehen.

Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen, weil damit jetzt offene Türen eingerannt werden und wegen der bevorstehenden Neuorganisation für die Zukunft ein falsches Bild gezeichnet wird.

Chiffelle Pierre (S, VD): Une fois n'est pas coutume, Monsieur le Président de la Confédération et néanmoins chef de

la défense, j'aimerais moi aussi tresser des lauriers à votre département pour les efforts de transparence absolument inattendus qu'il nous présente moins de deux mois avant la votation populaire sur l'initiative en faveur d'une redistribution des dépenses. C'est vrai que c'est un très bel effort, je tiens à vous en féliciter très sincèrement, ce d'autant plus que les conclusions de l'étude que vous avez vous-même diligentée, parviennent exactement aux chiffres qui ont toujours été les nôtres s'agissant des coûts réels de l'armée en matière d'économie publique dans ce pays. C'est donc dire que nous pouvons aussi nous rejoindre sur un certain nombre de constatations. Reste encore à ce que nous puissions nous rejoindre sur les conclusions à en tirer, je ne désespère pas que ce soit un jour le cas.

Il est peut-être intéressant tout de même de rappeler ici un certain nombre de chiffres qui ressortent de l'étude que vous avez commandée et que vous ne contesterez probablement vraisemblablement pas, dès lors. Ces chiffres nous apprennent qu'en sus des coûts budgétaires de la Confédération – dont il est toujours question –, il convient encore de rajouter respectivement des montants de 205 millions de francs pour les cantons et de 250 millions de francs pour les communes. On observera, s'agissant des coûts extrabudgétaires, que la perte de production pour les employeurs due à la seule armée – j'exclus de ces chiffres la protection civile et les activités hors du service – s'élève à 1,485 milliard de francs, alors que le tir hors du service – vous savez, Monsieur le Président de la Confédération, que c'est un de mes dadas – coûte aux employeurs du pays, en sus évidemment des coûts budgétaires qu'il engendre pour la collectivité publique, 60 millions de francs par année. Il s'agit évidemment là de constatations extrêmement intéressantes qui nous amènent à ce coût global de 9,35 milliards de francs, qui est le coût réel des dépenses faites par ce pays chaque année pour la défense nationale. C'est, à notre avis, un très lourd tribut. C'est donc l'occasion pour nous, dans le cadre de ce débat, de commencer – si ce n'est déjà fait – à lancer la discussion publique sur l'indispensable réduction des dépenses militaires au sujet de laquelle le peuple et les cantons pourront se prononcer le 26 novembre 2000.

Cela étant je suis tout de même sidéré, que même un représentant du PDC, sous des prétextes véritablement fallacieux, alors que le département avait décidé déjà au moment du dépôt du postulat de commander cette étude, puisse venir dire qu'il convient de rejeter ce postulat. Est-ce à dire qu'à droite de ce Parlement on ne voudrait même pas discuter sur des chiffres objectifs? Je n'ose imaginer que ce soit le cas, et je puis espérer que vous rejetterez l'in vraisemblable proposition Heim, et que vous accepterez de soutenir un postulat d'ores et déjà mis en oeuvre par le Conseil fédéral lui-même.

Ogi Adolf, Bundespräsident: Die extrabudgetären Kosten, wie sie in der Studie «Kosten der Landesverteidigung» errechnet wurden, die also bei privaten Haushalten und Unternehmungen anfallen, sind wie folgt zusammenfassend zu erläutern:

Der Faktor Arbeit Armee wird mit 1,48 Milliarden Franken berechnet. Der Faktor Arbeit Zivilschutz wird mit 175 Millionen Franken berechnet, der Faktor ausserdienstliche Tätigkeiten mit 60 Millionen, der Faktor Schiesswesen mit 60 Millionen. Zum Faktor Zahlungen aus der Erwerbsersatzordnung (EO): 535 Millionen Franken dieser Kosten werden von der EO vergütet. Der Faktor Boden, Nutzungsverlust fällt ganz beim Bund an und ist mit 440 Millionen Franken beziffert, der Faktor Pflichtlager mit 225 Millionen. Dazu kommt der Faktor Kapital, also Schutzraumbau, das sind 100 Millionen Franken. Das ergibt diese 2,01 Milliarden Franken, die zu den budgetären Kosten des Bundes, der Kantone und Gemeinden dazukommen.

Solche Vollkostenrechnungen können Sie heute für alles und jedes erarbeiten, und das wird dann eben anders aussehen als beispielsweise die Beträge, die im Budget aufgenommen werden. Nun möchte ich zu dem, was gesagt wurde, kurz sieben Punkte anfügen:

1. Die Tatsache, dass auch die privaten Haushalte und Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Landesverteidigung leisten, ist überhaupt nicht neu; das ist eine Tatsache. Wichtig ist, was man einbezieht und was man nicht einbezieht. Ich habe Ihnen jetzt erklärt, was man eben einbezogen hat, auch darüber könnte man reden, darüber könnte man streiten.

Wer jetzt so tut, als sei das etwas Sensationelles und bisher Ungeahntes, ist – ich muss es sagen – scheinheilig. Das Einzige, was neu ist, ist eine Bezifferung der Belastung: 1,245 Milliarden Franken für das Jahr 1998 für den Faktor Arbeit.

2. Die Schätzung von 9 Milliarden Franken für die Gesamtaufwendungen für die Landesverteidigung 1998 liegt – da hat Herr Chiffelle nicht Recht – viel tiefer als manche früheren Schätzungen. Ich möchte doch davon ausgehen, dass man früher von 13 Milliarden Franken gesprochen hat; heute ergibt diese Rechnung – diese Schätzung, muss man sagen – 9 Milliarden. Das ist viel Geld. Die Sicherheit ist aber auch einer der wichtigsten Faktoren in unserem Land. Diese Sicherheit wird in Zukunft noch wichtiger sein, wenn man eine Standortbeurteilung unseres Landes vornimmt.

3. Wenn man die Ausgaben für die Landesverteidigung pro Kopf anschaut, stellt man fest, dass die Werte der Schweiz im internationalen Vergleich hoch sind. Das ist aber normal, weil wir ein Land mit hohen Preisen und hohen Löhnen sind. Beim Anteil der Ausgaben für die Landesverteidigung am Bruttoinlandprodukt liegen wir aber – das muss man auch klar sagen – im europäischen Mittelfeld.

4. Die Vollkosten der Landesverteidigung sind eine Seite, der volle Nutzen aber die andere. Die Landesverteidigung ist eine Belastung der Volkswirtschaft; sie leistet aber auch einen wesentlichen Beitrag. Deshalb haben wir – nachdem man 1996 dem Generalstab den Auftrag gegeben hat, die Kosten der Landesverteidigung zu errechnen – jetzt auch verlangt, dass man eine Nutzenrechnung macht und schaut, welchen Nutzen die Landesverteidigung bringt. Auch hier werden wir – ich hoffe, in einem Jahr – interessante Zahlen vorlegen können.

5. Die Kosten der Landesverteidigung für private Haushalte und Unternehmen werden mit der «Armee XXI» abnehmen, das ist unser Ziel. Zahlen können erst dann errechnet werden, wenn die «Armee XXI» fertig konzipiert ist.

6. Ein Ja zur Umverteilungs-Initiative nützt nichts. Nach den Ausführungen der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion müssten diese eigentlich von dieser Umverteilungs-Initiative Abstand nehmen, weil die volkswirtschaftliche Belastung durch die Landesverteidigung mit der «Armee XXI» verringert werden soll. Wenn Sie jetzt diese Überlegungen vollständig zu Ende denken, dann müssen Sie eigentlich von der Umverteilungs-Initiative Abstand nehmen.

7. Die Studie des Generalstabes ist ein Beitrag zur Kostentransparenz. Die ist nötig, um auch im Bereich der Landesverteidigung möglichst effizient zu wirtschaften. Das VBS hat die Kostenwahrheit höher bewertet als abstimmungstaktische Manöver.

Ich möchte ganz klar Folgendes sagen: Wenn Sie eine Milizarmee wollen, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass eine Milizarmee mehr extrabudgetäre Kosten verursacht als eine Profiarmee.

Zur Nutzenanalyse: Den volkswirtschaftlichen Nutzen der Armee werden wir auch berechnen. Ich bin dann froh, wenn Sie auch diese Analyse diskutieren werden.

Nach den Ausführungen von Herrn Chiffelle und Frau Leutenegger Oberholzer nehme ich an, das Sie jetzt nicht mehr hinter der Umverteilungs-Initiative stehen. Diese werden wir mit aller Kraft bekämpfen.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): Je crois qu'on ne peut pas nier que la publication de ces chiffres, pour lesquels M. Chiffelle vous a félicité, notamment de ce montant de 9 milliards de francs, a créé une certaine confusion parce qu'on s'est dit: «Mais pourquoi tout d'un coup ces chiffres?» Vous dites vous-même que beaucoup de choses n'étaient pas nouvelles.

Vous venez de dire, Monsieur le Président de la Confédération, qu'il faut mettre en compensation ce qu'au fond l'armée et la défense nationale rapportent à l'économie. Mais vous venez de dire aussi que le Conseil fédéral accepte le postulat. Est-ce que l'on peut conclure que, lorsque vous ferez les comparaisons ciblées chaque année – si vous les faites, ainsi que le demande le postulat –, vous ferez une comparaison complète en tenant compte aussi de ce qui n'est pas encore donné par vous, c'est-à-dire aussi des avantages que rapporte l'armée à l'économie pour qu'il y ait une évaluation vraiment complète? Parce que sinon on a l'impression, Monsieur le Président de la Confédération, que vous vous offrez des verges pour vous faire fouetter.

Ogi Adolf, Bundespräsident: Diese «comparaison complète» kann ich Ihnen garantieren. Wissen Sie, nachdem Herr Oberst Krüger, Herr Ecoffey und Herr Professor Wittmann vor einigen Monaten ihr Buch publiziert hatten, das bereits als Vorläufer dieser volkswirtschaftlichen Kostenberechnung gedient hat, habe ich mich schon geärgert. Das muss ich offen sagen. Auf der anderen Seite hat sich der Generalstab 1996 den Auftrag gegeben, diese volkswirtschaftliche Kostenrechnung zu machen. Als ich diese Unterlage gesehen habe, habe ich gesagt: Der nächste Schritt muss jetzt ganz klar der sein, dass wir auch wissen wollen, was der Nutzen der Armee ist! Dieser Nutzen der Armee muss jetzt auch errechnet werden, und wenn wir beide Unterlagen haben, die volkswirtschaftliche Belastung und den volkswirtschaftlichen Nutzen, wird es dann möglich sein, Ihnen beides transparent darzustellen. Das muss jetzt gemacht werden. Deshalb bin ich eigentlich etwas unzufrieden mit meinen Leuten, dass man nicht gleichzeitig diese Kostenanalyse machen liess und den Nutzen der Armee berechnet hat. Das wäre heute sehr wichtig. Der Nutzen der Armee wird immer grösser, weil ein Land ohne Sicherheit kein Land ist, das weltweit respektiert wird.

Ich kann Ihre Frage ganz klar beantworten: Ces comparaisons complètes doivent se faire le plus vite possible.

Chiffelle Pierre (S, VD): Vous avez dit, Monsieur le Président de la Confédération, quelque chose qui m'inquiète tout de même beaucoup. Vous faites aux auteurs de l'initiative populaire en faveur d'une redistribution des dépenses le procès d'intention de contester que «Armée XXI» induise à terme des économies pour l'économie, si j'ose dire, pour l'économie publique, alors que vous-même actuellement, vous êtes en train de vous fâcher beaucoup parce qu'une étude à laquelle vous avez fait allusion, qui parle des réels coûts qu'engendrera «Armée XXI», a été publiée, en tout cas dans ses conclusions.

Alors maintenant, est-ce que ça veut dire, Monsieur le Président de la Confédération, que si le peuple suisse décide de diminuer de 1,8 milliard de francs le 26 novembre les dépenses militaires, vous allez lui dire: «Ah non, ce n'est pas possible»? Il aura décidé ça et vous aurez dans les dix ans à venir, à raison de dix pour cent de diminution par année, les moyens à disposition qui vous auront été donnés. Donc, est-ce que vous essayez de noyer le poisson, Monsieur le Président de la Confédération?

Ogi Adolf, Bundespräsident: Jamais, Monsieur Chiffelle, il ne faut jamais noyer le poisson! Avec vous, je ne pourrais jamais le faire, n'est-ce pas?

Es ist ganz klar, Herr Chiffelle: Wenn das Schweizer Volk am 26. November die Umverteilungs-Initiative annimmt – was wir nicht wollen, was der Bundesrat nicht will –, müssen wir neu über die Bücher. Dann müssen wir auch unsere ganze Arbeit, die im Rahmen von «Armee XXI» gemacht wurde, vergessen und neu beginnen. Deshalb kämpfe ich für eine starke Armee, für eine Armee, die Sicherheit garantiert. Deshalb kämpfe ich gegen die Umverteilungs-Initiative und für die Armee; voilà, das ist mein Standpunkt, und dazu stehe ich.

Was diese Schrift anbetrifft, will der Bundesrat ja das Postulat entgegennehmen; die Arbeit ist ja gemacht. «Meister, die

Arbeit ist gemacht, wir können weitergehen.» Das ist die Ausgangslage. Deshalb können Sie dem Postulat zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre guten Worte; schade, dass Sie sie wieder zurückgenommen haben.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Sie haben in Ihrem ersten Votum zum Postulat nicht Stellung genommen. Ich bin froh, dass Sie das jetzt präzisiert haben. Kann ich das in dem Sinne verstehen, dass Sie z. B. im Rahmen einer Cost-Benefit-Analyse – dagegen haben wir gar nichts – diese Kostenerhebung periodisch durchführen und verfeinern werden?

Ogi Adolf, Bundespräsident: Ich weiss nicht, was bei Ihnen «periodisch» heissen soll, Frau Leutenegger Oberholzer; es ist ganz klar, dass diese Studien aufgearbeitet werden müssen. Aber ich habe gerade Herrn Eggly gesagt, dass wir jetzt mit grossem Interesse die nächste Studie abwarten. Diese Studie über den Nutzen der Armee wird Ihnen dann nicht so gefallen. Dann werden wir die beiden Studien immer wieder vergleichen und das Resultat bekanntgeben, das ist selbstverständlich.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.3654/883)

Für Überweisung des Postulates 74 Stimmen

Dagegen 77 Stimmen

00.3097

Interpellation Teuscher Franziska. Solardächer für Sportstadien

Interpellation Teuscher Franziska. Toits solaires pour les stades

Einreichungsdatum 22.03.00

Date de dépôt 22.03.00

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Präsident (Hess Peter, erster Vizepräsident): Frau Teuscher erklärt, dass sie nur teilweise befriedigt ist, aber auf eine Diskussion verzichtet.

00.3135

Interpellation Schluer Ulrich. Gewährleistung des Rüstungsgüternachschubs

Interpellation Schluer Ulrich. Assurer l'approvisionnement en matériel d'armement

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 24.03.00

Date de dépôt 24.03.00

Nationalrat/Conseil national 23.06.00

Nationalrat/Conseil national 04.10.00

Schluer Ulrich (V, ZH): Zunächst möchte ich für die Antwort danken, auch wenn ich mit ihr nicht zufrieden bin. Sie war eigentlich geeignet, beim Fragesteller zunächst Sprachlosigkeit zurückzulassen, weil ich es nicht für möglich gehalten habe, dass die Frage, wie in Krisenzeiten der Rüstungsgüternachschub gewährleistet wird – wo wir doch bei Rüstungsgütern fast vollumfänglich vom Ausland abhängig sind –, derart naiv beantwortet werden kann. Wenn ich die

Antwort zusammenfasse, dann besagt sie eigentlich: Wir sind doch so liebe Kerle, dass niemand irgendetwas gegen uns im Schild führen könnte. Alles ist garantiert, alles wird immer geschehen, wie es aufgeschrieben ist; und neuerdings haben wir auch noch Kooperation zum Ziel unserer Sicherheitspolitik erklärt, da kann uns ohnehin nichts mehr passieren.

Ich habe die Frage gestellt, was man für Schlüsse ziehe aus den Entwicklungen, die Österreich über sich ergehen lassen musste. Österreich ist wohl das Land, das in den letzten Jahren am eifrigsten, am dienstfertigsten, am bereitwilligsten Kooperation mit anderen Ländern und internationalen Organisationen bewiesen hat. Und dennoch war es Österreich, das von den viel stärkeren so genannten Partnern aufs Schwerste getroffen worden ist. Vertragliche Abmachungen, Vereinbarungen, Beschwörungen in irgendwelchen politischen Formeln hin oder her – Österreich hatte hinzunehmen, dass es von den Stärkeren, allen Abmachungen zum Trotz, diskriminiert und geächtet wurde, mindestens während einer gewissen Zeit.

Die Schweiz ist in hoch sensiblen Bereichen auslandabhängig. Wir sind abhängig in Bezug auf die Nachrichtenübermittlung, in Bezug auf modernste Waffen wie zum Beispiel Drohnen, die elektronisch geführt werden. Ist wirklich gewährleistet, dass nichtmanipulierbare Information in der Schweiz fliessen kann, wenn das nötig ist? Das ist doch die Frage, die beantwortet werden muss; und die kann man doch nicht beantworten, indem man sagt, wir hätten es in einen Vertrag geschrieben, es werde dann schon so geschehen!

Herr Bundespräsident, heute steht in der «Neuen Zürcher Zeitung» ein hochinteressanter Artikel, eine Buchbesprechung zur amerikanischen Aussenpolitik. Da vernimmt man, dass es in der Ära Clinton üblich geworden sei, dass die Regierung gewisse Teile der Aussenpolitik in Lizenz an gewisse Organisationen verlege. Ungefähr so steht es dort geschrieben. Gemeint war die Aussenpolitik der USA gegenüber der Schweiz. Das sind doch ganz neue Entwicklungen! Wir haben erlebt, was daraus entstanden ist. Als Auswirkungen in Foren politischer Machenschaften plötzlich Wirklichkeit wurden, nützten uns alle Verträge – selbst völkerrechtliche, wie das Washingtoner Abkommen – überhaupt nichts.

Und dann müssen wir vom VBS vernehmen: Bezüglich Rüstung könne uns nichts geschehen, wir hätten alles in Verträge geschrieben, alle würden so nett sein und sich immer so verhalten, wie es in den Verträgen geschrieben steht.

Früher unterhielt unser Land hochkarätige Kommissionen, die ständig Überlegungen anstellten und Vorbereitungen trafen, um die strategische Landesversorgung auch in Krisenzeiten immer zu gewährleisten. Haben wir solche Einrichtungen heute nicht mehr? Treffen wir in Bezug auf Rüstungsgüter – ich sage nochmals: in Bezug auf hochsensitive Rüstungsgüter – keinerlei Vorbereitungen, was zu tun ist, wenn es aufgrund der internationalen Lage und aufgrund einer Politik der Schweiz, die von anderen nicht mitgetragen wird, einmal Schwierigkeiten geben könnte?

Es muss sich hier schon die Grundsatzfrage anschliessen: Ist es denn überhaupt noch ein Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik, in einer Krisenlage Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu bewahren? Ist das noch das Ziel? Oder allgemeiner formuliert: Wenn man an der Weltpolitik teilnehmen will, gehören auch Show-Elemente dazu, das darf durchaus auch so sein. Die Frage aber ist, ob unsere Regierung solche Show-Elemente nicht mit der Wirklichkeit zu verwechseln beginnt. Ich hätte gerne eine Antwort, wie das VBS mit der Wirklichkeit umgeht.

Günter Paul (S, BE): Ich habe in der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) mehrmals – auch Herrn Wicki – die Frage nach der Sicherheit unserer elektronischen Programme gestellt, insbesondere nach jener bei den komplexen Rüstungsgütern, die wir in den USA einkaufen. Herr Wicki – ich habe zwar viele Differenzen mit ihm, aber er gibt immer gut Auskunft – hat ganz klar gesagt, dass wir nie sicher sein